Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

# Durlacher Tagblatt. 1920-1964
# 1932

210 (8.9.1932)

Visual Library

# Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 210 | Donnerstag, den 8. September 1932 | 104. Jahrgang


## Kurze Tagesübersicht

**Havas erklärt, die Veröffentlichung der deutschen Denkschrift über Rüstungsgleichberechtigung sei in französischen, diplomatischen und Regierungskreisen nicht ungünstig aufgenommen worden.**

*

**Der Chef der Marinestation der Ostsee, Vizeadmiral Hansen, wird im Herbst aus dem aktiven Dienst ausscheiden.**

*

**Die für den Monatsdurchschnitt August berechnete Großhandelsindexziffer ist mit 95,4 gegenüber dem Vormonat um 0,5 v. H. gesunken.**

*

**Das Zentrum tritt nach der „Germania" nunmehr für ein Präsidialkabinett ein, das nicht von Papen geführt wird.**

*

**In parlamentarischen Kreisen wird nicht damit gerechnet, daß eine nochmalige Reichstagsvertagung erfolgt. Für Montag vormittag haben bisher die Nationalsozialisten und die Sozialdemokraten Fraktionssitzungen anberaumt.**

*

**Der französische Antwortentwurf ist, wie am Quai d'Orsay verlautet, bereits den Regierungen der wichtigsten Teilnehmermächte am Vertrauensabkommen von Lausanne im Wortlaut mitgeteilt worden. Ueber den Inhalt verweigert man vorläufig jede Erklärung.**

*

**Durch die Annahme des Regierungsvorschlages, der eine Erhöhung der Löhne um 1 v. H. vorsieht, durch den aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern gebildeten Ausschuß zur Beilegung des belgischen Kohlenarbeiterstreiks, ist der Ausstand nunmehr als beendigt anzusehen.**

*

**Die Konferenz von Stresa beendete am Mittwoch die Aussprache. Am Donnerstag beginnt die Arbeit der Ausschüsse.**

*

**Staatssekretär Stimson gab amtlich bekannt, daß Amerika keinerlei Schuldenverhandlungen mit fremden Nationen führe.**

*

**Die belgische Kammer beschloß am Mittwoch mit 98 gegen 57 Stimmen eine Anleihe im Betrage von 1500 Millionen Franken aufzulegen und für 500 Millionen Franken Schatzanweisungen heraus zu geben. Ministerpräsident Renkin erklärte, die Finanzlage Belgiens sei zwar nicht katastrophal, aber doch außerordentlich schwierig.**

*

**In München, im überfüllten Zirkus Krone sprach Adolf Hitler am Mittwoch abend über die politische Lage.**

## Die Einsetzung des Reichskommissars vor dem preußischen Staatsrat

T.U. **Berlin**, 7. Sept. Der Verfassungsausschuß des Preußischen Staatsrates beschäftigte sich am Mittwoch abend mit der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli über die Einsetzung des Reichskommissars für Preußen. Es lag ein gemeinsamer Antrag der Sozialdemokraten und des Zentrums vor, wonach der Staatsrat seiner Auffassung dahin Ausdruck geben soll, daß die Verordnung und ihre Anwendung sowohl mit der Reichs- als auch mit der preußischen Verfassung nicht im Einklang stehe. Der Antrag wünschte ferner eine Feststellung, daß der Staatsrat seine verfassungsmäßigen Pflichten weiter erfüllen werde, ohne aber die kommissarische Regierung als auf verfassungsrechtlicher Grundlage stehend, anzuerkennen. Die Kommunisten legten einen Antrag vor, der die Rückgängigmachung der Notverordnung vom 20. Juli fordert.

Die Aussprache soll am Donnerstag vormittag fortgesetzt werden. Beschlüsse wurden bisher nicht gefaßt.

## Der Afa-Bund gegen das Wirtschaftsprogramm

**Berlin**, 7. Sept. Nach eingehender Beratung hat der Afa-Bundesvorstand, wie er mitteilt, zu den wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen der Reichsregierung mit einer Entschließung Stellung genommen in der u. a. ausgeführt wird, daß das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung grundsätzlich dem Verlangen der Gewerkschaften nach einem Umbau der Wirtschaft und ausreichender öffentlicher Arbeitsbeschaffung widerspreche. Die Lebenshaltung der deutschen Arbeitnehmer werde durch die Verordnung „unerträglich" geschmälert und alle sozialpolitischen Errungenschaften der letzten 14 Jahre würden aufs schwerste gefährdet. Durch den Lohn- und Sozialabbau werde die Massenkaufkraft weiter gedrosselt. Dementsprechend wird in der Entschließung angekündigt, daß die Maßnahmen der Regierung auf den „schärfsten Widerstand" der Gewerkschaften stoßen würden.

# Deutschlands Gleichberechtigungsforderung

**Berlin**, 7. Sept. Der Reichsminister des Auswärtigen hat einen Vertreter des Wolff-Büros empfangen, um ihm das Schriftstück zur Veröffentlichung zu geben, das er als Zusammenfassung seiner mündlichen Darlegungen des deutschen Standpunktes in der Abrüstungsfrage vom 29. August dem hiesigen französischen Botschafter ausgehändigt hat. Freiherr von Neurath hat bei dieser Gelegenheit unter anderem betont:

Seitdem die französische Presse die ersten Meldungen über eine vertrauliche Unterhaltung mit dem französischen Botschafter, Herrn François-Poncet, brachte, hat sie das Vorgehen der Reichsregierung in der Abrüstungsfrage fortgesetzt zum Gegenstand von Kombinationen und Vorwürfen gemacht, die in der Anklage gipfeln, daß Deutschland unter dem Deckmantel seiner Gleichberechtigungsforderung nichts anderes als seine eigene Aufrüstung und die Wiederherstellung seiner früheren Militärmacht betreibe. Es gibt keinen einfacheren Weg, diese Entstellungen zu entkräften, als meine Aufzeichnung der Oeffentlichkeit zu übergeben.

**Soviel steht aber schon heute fest, daß es für Deutschland nicht möglich ist, sich an den weiteren Beratungen der Abrüstungskonferenz zu beteiligen, bevor die Frage der deutschen Gleichberechtigung eine grundsätzliche Klärung gefunden hat. Unsere Gleichberechtigung, nicht unsere Aufrüstung, ist der Punkt, den wir zur Diskussion gestellt haben.**

**Wenn die hochgerüsteten Staaten sich nicht zu einer radikalen Abrüstung entschließen können, und wenn sich daraus die Schlußfolgerung ergibt, daß unsere Gleichberechtigung nur durch Modifikationen unseres gegenwärtigen Rüstungsregimes hergestellt werden kann, so ist es handgreifliche Verdrehung der Wahrheit, von deutschen Aufrüstungstendenzen und militärischen Machtgelüsten zu sprechen.**

**Wir warten jetzt länger als zehn Jahre auf die Erfüllung unseres Anspruches. Die Abrüstungskonferenz ist an einem Punkte angelangt, wo die Entscheidung über unsere Gleichberechtigung fallen muß, und keine Konferenzmacht sich mehr einer klaren Stellungnahme zu dieser Frage entziehen darf. Niemand kann Deutschland zumuten, sich noch länger mit einer Diskriminierung abzufinden, die mit der Ehre des deutschen Volkes und seiner Sicherheit unvereinbar ist.**

*

## Der Kampf um die Gleichberechtigung

### Berliner Blätterstimmen

**Berlin**, 7. Sept. Der **„Tag"** sagt: Die Erklärungen der beiden Minister umreißen mit erfreulicher Klarheit noch einmal den eindeutigen Standpunkt Deutschlands, den das ganze Volk zu den seinen zu machen fester Willens ist. General von Schleichers entschlossene Zusicherung auf gefährdetem ostmärkischem Boden, alles zu tun, um die deutsche Landesverteidigung sicherzustellen, ist eine nationale und soldatische Unterstreichung der abgewogenen Ausführungen des Reichsaußenministers von Neurath, der gleichwohl ebenfalls an der Entschlossenheit der Reichsregierung und der Nation, ihr Wehrrecht durchzusetzen, nicht rütteln und deuteln läßt.

Die **„DAZ."** überschreibt ihren Kommentar „Berstende Ketten" und nennt die deutschen Forderungen sehr gemäßigt. Deutschland sei auch heute noch der abrüstungswilligste Staat der Welt. Bittere Erfahrungen hatten die Erkenntnis, wie notwendig die Wahrung unserer Sicherheit und unserer Verteidigungskraft geworden sei, im ganzen Volke verbreitet. Es sei kein Zufall, daß am gleichen Tage Reichswehrminister von Schleicher in Ostpreußen der Entschlossenheit, die besonders bedrohte Provinz mit allen Mitteln und Kräften zu verteidigen, eindeutigen Ausdruck verliehen habe.

Die **„Germania"** erklärt, die Reichsregierung geht mit dieser Denkschrift einen Weg, auf welchem ihr jeder Deutsche folgen wird, für den die Sicherheit und die Gleichberechtigung der Nation eine selbstverständliche Voraussetzung nationaler Ehre und Würde bedeutet.

Der **„Vorwärts"** bezeichnet die Veröffentlichung des Memorandums als eine Notwendigkeit. Das Blatt bemängelt aber, daß der Außenminister Frankreichs Bezugnahme auf den Vertrauenspakt kritisiert hat.

Das **„Berliner Tageblatt"** meint, daß die Bekanntgabe der Aufzeichnung in diesem Augenblick bestimmt sei, unmittelbar vor der Sitzung des französischen Ministerrats, die sich mit dem deutschen Forderungen beschäftigen soll, die Welt zu überzeugen, daß diese Forderungen keineswegs den in der französischen Presse angegebenen Charakter tragen.

*

## Der französische Antwortentwurf den Teilnehmern am Vertrauensabkommen zugestellt

T.U. **Paris**, 7. Sept. Wie am Quai d'Orsay verlautet, ist der Antwortentwurf auf die deutsche Denkschrift, der am Mittwoch dem Kabinettsrat vorlag, bereits den Regierungen der wichtigsten Teilnehmermächte am Vertrauensabkommen von Lausanne im Wortlaut mitgeteilt worden. Ueber den Inhalt verweigert man vorläufig jede Erklärung.

Der Kabinettsrat unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten trat um 17 Uhr zusammen.

Das „Journal des Debats" glaubt zu wissen, daß Herriot in seinem Bericht auf den ganz besonders „peremptorischen Charakter" der Erklärungen des Reichswehrministers von Schleicher und des Reichsaußenministers von Neurath hingewiesen habe. Besonders eingehend seien der vorläufige Wortlaut der französischen Antwort an die Reichsregierung und die bereits vorliegenden Meinungsäußerungen der interessierten Mächte erörtert worden. Die Uebermittlung der Note nach Berlin könne frühestens am Freitag abend erfolgen.

*

## Entwurf der französischen Antwort

T.U. **Berlin**, 8. Sept. Nach einer Meldung Berliner Blätter aus Paris teilt Havas aus dem Kabinettsrat vom Mittwoch mit, daß Ministerpräsident Herriot den Entwurf der Note verlesen hat, den er als Antwort auf die deutsche Denkschrift in der Frage der Rüstungsgleichberechtigung vorbereitet hat. Dieser Text werde endgültig jedoch erst nach dem Ministerrat angenommen werden, der wahrscheinlich am Freitag stattfindet und wenn die englische Regierung dem Ministerpräsidenten ihre Ansicht zur Kenntnis gebracht haben wird. Obwohl die französischen Minister keine bestimmten Angaben über den Inhalt der Note machten, sei doch klar, daß dieses Dokument eine Prüfung der juristischen und politischen Probleme enthalte, die durch das deutsche Schriftstück aufgerollt würden.

Die Rüstungsmöglichkeiten Deutschlands seien durch den Versailler Vertrag festgesetzt. Dieser Vertrag sehe übrigens nur eine allgemeine Beschränkung der Rüstungen vor, aber enthalte keine Bestimmungen im Hinblick auf jene Rüstungsvermehrung, die Deutschland fordere. Es stehe weder Frankreich noch Deutschland zu, die Klauseln des Versailler Vertrages zu ändern, allein die Unterzeichner dieses Vertrages hätten diese Macht. Aber die für eine solche Revision notwendigen Verhandlungen können nach den Bestimmungen des Vertrages zu einer Herabsetzung der Rüstungen nur führen, wenn man für die interessierten Mächte auf das Mindestmaß Rücksicht nehme, das mit ihrer nationalen Sicherheit und mit der Durchführung der durch eine gemeinsame Aktion ihnen auferlegten internationalen Verpflichtungen vereinbar sei. (Artikel 8 des Friedensvertrages). In einer besseren Organisierung des Friedens könne sich schließlich die Lösung des durch die Reichsregierung aufgerollten Problems finden lassen.

*

## Englisches Dementi zu der Behandlung der deutschen Gleichberechtigungsforderung

T.U. **London**, 7. Sept. Im Hinblick auf Pariser Berichte, die eine kollektive Antwort der am englisch-französischen Vertrauensabkommen beteiligten Mächte auf die deutsche Forderung nach Rüstungsgleichberechtigung voraussagen, wird in London nochmals betont, daß die englische Regierung zwar von französischer und deutscher Seite vollständig über die Entwicklung auf dem Laufenden gehalten worden sei, daß sie aber an den Verhandlungen zurzeit nicht beteiligt sei. Offensichtlich würde man es in den Kreisen der englischen Regierung sehr begrüßen, wenn es gelänge, die deutsch-französischen Verhandlungen baldmöglichst in Fluß zu bringen, sodaß schon vor dem Zusammentritt des allgemeinen Büros der Abrüstungskonferenz eine gewisse Klärung erzielt wird.

Von einer Beteiligung Englands an einer kollektiven Antwortnote an Deutschland ist in London nichts bekannt. Sie dürfte auch der ganzen Sachlage nach nicht in Frage kommen.

Aus Paris stammende Berichte, daß das englische Kabinett sich schon am Donnerstag mit den deutschen Forderungen befassen werde, sind nicht zutreffend. Voraussichtlich werden in den nächsten Tagen überhaupt keine Kabinettssitzungen stattfinden.

*

### Die italienische Presse zur Gleichberechtigungsfrage.

T.U. **Rom**, 7. Sept. Die faschistische Presse gibt der deutschen Stellungnahme zur Abrüstungsfrage weiten Raum, ohne jedoch aus ihrer bisherigen Zurückhaltung herauszutreten. Die Erklärung des Reichsaußenministers wird von einigen Blättern wie z. B. dem „Popolo di Roma" als notwendige Klärung gegenüber der alarmierenden Haltung der französischen Presse bezeichnet. Auch die Erklärungen des Reichswehrministers von Schleichers werden stark in den Vordergrund gerückt. Der Berliner Berichterstatter des „Giornale d'Italia" erklärt, die schwierige Aufgabe der Abrüstung oder der Rüstungsangleichung Deutschlands sei plötzlich und in entscheidender Weise von Schleicher aufgerollt worden, der unter Bezugnahme auf die organisierte Scheinheiligkeit in Genf versucht habe die letzten Fesseln des Versailler Vertrages zu sprengen. Der erste Schlag habe ohne Zweifel die Lage Deutschlands gebessert.

Im Zusammenhang mit dieser Frage ist eine kurze amtliche Mitteilung von Bedeutung, wonach Mussolini dem italienischen Botschafter in London, Grandi, zur Berichterstattung über die gegenwärtig zur Verhandlung stehenden politischen Fragen empfangen hat.

Grandi hält sich seit einiger Zeit zur Erholung im Pustertal auf.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

## Die Pariser Presse zur deutschen Denkschrift

**Wird Frankreich ablehnen?**

T.U. **Paris**, 7. Sept. Der „Matin" glaubt, den Inhalt der französischen Antwort in großen Zügen voraussagen zu können. Die französische Regierung werde darauf hinweisen, daß Deutschland im Völkerbundsrat vertreten sei und seine Forderungen den Signatarmächten der Verträge unterbreiten müsse. Was eine Veränderung der militärischen Klauseln des Versailler Vertrages anlange, so könne das Reich in Genf vorstellig werden, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß diese Veränderungen nicht auf eine Erhöhung der Rüstungen hinauslaufen. In diesem Punkte seien die Bestimmungen des Versailler Vertrages ganz eindeutig. Schließlich müsse Deutschland das Ergebnis der Abrüstungskonferenz abwarten. Die deutschen Forderungen könnten nicht Gegenstand von Sonderverhandlungen zwischen Berlin und Paris bilden. Die Drohung des Reiches, nicht mehr an den Arbeiten der Abrüstungskonferenz teilzunehmen, sei in keiner Weise stichhaltig, da sie nur einer Laune entspringe.

Der „Temps" beschäftigt sich in seinem Leitartikel auch mit den letzten Erklärungen der deutschen Reichsminister. Das Blatt schreibt u. a., daß die französische Regierung nur ihre Pflicht getan habe, als sie die übrigen interessierten Mächte von dem Inhalt der deutschen Denkschrift in Kenntnis setzte. Das Locarno-Abkommen gestatte es nicht, politische Fragen von allgemeiner Bedeutung geheim zu halten und nur zwischen zwei Staaten vertraulich zu behandeln. Wenn man das deutsche Resume eingehend prüfe, dann gewinne man den falschen Eindruck, als ob Deutschland schon dadurch das Recht auf Gleichberechtigung erworben habe, daß es dem Völkerbund angehöre. Dieser Grundirrtum entwerte die ganze deutsche These. Als Völkerbundsmitglied genieße Deutschland in Genf selbst die gleichen Rechte wie die übrigen Mitgliederstaaten. Das bedeute jedoch keineswegs, daß dadurch die Ungleichheiten aufgehoben seien, die der Friedensvertrag und andere bestehende Abkommen Deutschland auferlegten.

Das „Journal de Debats" fordert Ministerpräsident Herriot auf, zu der Erklärung des Reichsaußenministers Stellung zu nehmen, in der es heißt, daß in Genf vereinbart worden sei, demnächst deutsch-französische Verhandlungen über die Gleichberechtigungsfrage aufzunehmen. Und wenn die Reichsregierung mit dieser Behauptung Recht habe, dann müsse man die Frage stellen, warum und wodurch die französischen Minister veranlaßt worden seien, sich in derartige Geheimverhandlungen einzulassen. Die Reichsregierung nehme ihre Zuflucht zu einem wahrhaftigen Erpressungsmanöver.

Das „Journal" schreibt u. a., daß die deutsche Offensive den Beweis dafür liefere, daß die Deutschen fest entschlossen seien, den Versailler Friedensvertrag zu zerstören.

## Italienisches Lob für die deutsche Regierung

T.U. **Rom**, 7. Sept. Der Berichterstatter des halbamtlichen „Giornale d'Italia" stellt im Zusammenhang mit einer ausführlichen Schilderung der inner- und außenpolitischen Lage Deutschlands fest, daß eine deutsche Regierung noch nie so viel Tatkraft und so viel Entschiedenheit bewiesen habe wie die gegenwärtige und zwar sowohl außenpolitisch wie innerpolitisch. Man könne sagen, daß es keine Frage von irgendwelcher Bedeutung für Deutschland gebe, die die Reichsregierung nicht angepackt hätte. Die Regierung Papen-Schleicher wolle dem Volk und den deutschen Parlamentariern zeigen, was ein entschiedener Wille in kurzer Zeit zugunsten des Reiches leisten könne im Gegensatz zum Geschwätz der Parlamentarier und Unsicherheit des Koalitionsregimes. Die Regierung Papen-Schleicher wolle handeln und schaffen und sie habe in Wirklichkeit gehandelt und geschafft, in zwei Monaten mehr als andere in vielen Jahren.

## Beratungen der Sozialdemokraten

**Berlin**, 7. Sept. Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hielt am Mittwoch eine durch zwei Fachausschüsse erweiterte Sitzung ab. Sie beschäftigten sich mit der innenpolitischen Lage und dem bevorstehenden Zusammentritt des Reichstags. Auch wurden die mit dem Wehrmemorandum der Reichsregierung in Zusammenhang stehenden Wehr- und außenpolitischen Fragen besprochen. Als Redner für die Aussprache über die Regierungserklärung wurden zunächst die Abg. Löbe und Tarnow bestimmt.

## Die Verordnung zur Belebung der Wirtschaft

Das Reichsgesetzblatt vom 5. September veröffentlicht als Teil 1 die „Verordnung des Reichspräsidenten zur Belebung der Wirtschaft vom 4. September 1932". Wir geben die Gliederung der Hauptverordnung nachdem wir die zweite Verordnung, die Durchführungsverordnung, bereits veröffentlichten:

**1. Teil: Entlastung der Wirtschaft**

Kapitel 1: Steuernachlaß durch Steuergutscheine
1. Abschnitt: Steuernachlaß.
2. Abschnitt: Steuergutscheine für Steuerzahlungen.
3. Abschnitt: Steuergutscheine für Mehrbeschäftigung von Arbeitnehmern.
4. Abschnitt: Ausgestaltung der Steuergutscheine.
5. Abschnitt: Verwendung der Steuergutscheine.
6. Abschnitt: Strafvorschriften. Hiernach finden die Vorschriften des Strafgesetzbuches, sowie des Gesetzes über den Schutz des zur Anfertigung von Schuldurkunden des Reiches und der Länder verwendeten Papiere auf Steuergutscheine Anwendung.
7. Abschnitt: Schlußvorschriften.

Kapitel 2: Herabsetzung der Steuerverzugszuschläge.
Kapitel 3: Umsatzsteuererleichterung für Milch.
Kapitel 4: Instandsetzung von Wohnungen.

**2. Teil: Sozialpolitische Maßnahmen**

Hier sind die Ermächtigungen zur Vereinfachung und Verbilligung der sozialen Einrichtungen aufgeführt. Die Vorschriften dieses Teiles treten mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

**3. Teil: Kreditpolitische Maßnahmen**

Sie treten gleichfalls mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

**4. Teil: Sonstige finanzpolitische Maßnahmen**

**Kapitel 1:** Wohlfahrtshilfe.

**Artikel 1:** Erhöhung des Ausgleichsstocks der Länder. Die Vorschriften dieses Artikels treten mit Wirkung vom 1. September 1932 in Kraft.

**Artikel 2:** Bürgersteuer. Erster Abschnitt: Bürgersteuer 1932, zweiter Abschnitt: Bürgersteuer 1933, dritter Abschnitt: Die Vorschriften dieses Artikels treten mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

**Kapitel 2:** Ende der Gemeindebiersteuer-Entschädigung. Die Vorschrift wird zum erstenmal bei der Verteilung der Entschädigung im Monat Oktober 1932 angewendet.

**Kapitel 3:** Steuerbefreiung der Deutschen Rentenbankkreditanstalt.

**Kapitel 4:** Spar- und Girokassen, kommunale Kreditinstitute, sowie Girozentrale.

**Kapitel 5:** Einschränkung der Personalausgaben bei subventionierten Unternehmungen.

**Kapitel 6:** Beanstandung von Angestellten- oder Arbeiterbezügen bei Gemeinden und anderen Körperschaften.

**Kapitel 7:** Ergänzung des Paragraphen 7 der zweiten Gehaltskürzungsverordnung.

## Ein Protestschritt

**des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes**

**Berlin**, 7. Sept. Wie der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes mitteilt, hat er seine Vertreter bei der vom Reichsarbeitsminister zum 8. September anberaumten Besprechung beauftragt, „energischen Protest" gegen die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Reichsregierung zu erheben. Diese Maßnahmen werden in der Mitteilung des Gewerschaftsbundes als „ungeheuerlich" und „arbeiterfeindlich" hingestellt. Weiter wird angekündigt, daß in den nächsten Tagen der vom Vorstand einberufene Bundesausschuß zu den „sozialpolitischen Angriffen gegen die Arbeitnehmer" Stellung nehmen werde. Ferner soll der Reichsregierung die Forderung vorgetragen werden, daß die deutschen Regierungsvertreter auf der am 21. September in Genf beginnenden Tagung des Verwaltungsrats des Internationalen Arbeitsamtes, sich mit größter Entschiedenheit für die internationale Verständigung über eine allgemeine gesetzliche Einführung der 40-Stundenwoche einzusetzen.

**Abonniert das „Durlacher Tageblatt"**

## Göring über innenpolitische Fragen

**Berlin**, 7. Sept. Reichstagspräsident Göring führte in einer nationalsozialistischen Versammlung am Dienstag abend in der Bock-Brauerei in einer Rede u. a. aus, man habe Hitler den Vizekanzlerposten angeboten. Das Amt eines Stellvertreters sei aber für Hitler ausgeschlossen. Reichstagspräsident Göring erinnerte sodann an das Jahr 1923, als die Nationalsozialisten der „Reaktion" gegenübergestanden hätten. Er selbst habe damals an der Spitze der von ihm kommandierten SA. zwei Kugeln wegbekommen. Das zweitemal würden die Nationalsozialisten der „Reaktion" nicht so bequem in die Maschinengewehre hineinmarschieren. Zu den umlaufenden Meldungen über **Verhandlungen mit dem Zentrum** erklärte Göring, **mit dem Zentrum unterhandeln wäre eine Sünde wider den heiligen Geist.** „Wir unterhalten uns zunächst nur noch", so sagte der Redner. Man habe so spekuliert: Wenn das Zentrum und die Nationalsozialisten zusammengingen, und man den Reichstag dann auflösen würde, müsse das Zentrum 10 und die Nationalsozialisten 50 Sitze verlieren an die neue „Papen-Partei". Nach mehrmaligem Auflösen glaube man, eine Mehrheit für die Papen-Partei gesammelt zu haben. Damit könne man die Nationalsozialisten nicht schrecken. Sie wählten gerne noch einmal. Bei der nächsten Wahl würden die Nationalsozialisten viel Zulauf haben. Einen etwaigen neuen Kampf werden wir mit klarer Front führen und wie wir den „bürgerlichen Mischmasch" beseitigt und die Sozialdemokratie besiegt haben, so werden wir auch die Reaktion zum Teufel jagen.

### Göring über die Verhandlungen mit dem Zentrum

**Berlin**, 7. Sept. Wir haben uns bei Präsident Göring um einen authentischen Text der Stelle seiner Rede in der Bockbrauerei bemüht, in der er auf die Verhandlungen mit dem Zentrum zu sprechen kam. Darnach hat er hierzu folgendes gesagt: **„Die Deutschnationalen behaupten, unsere Verhandlungen mit dem Zentrum wären eine Sünde gegen den heiligen Geist. Das sind dieselben Deutschnationalen, die mit dem Zentrum bereits in einer Koalition gesessen haben, während wir uns zunächst mit dem Zentrum über eine Regierungsmöglichkeit unterhalten.**

## Reichstagsentscheidung voraussichtlich nächste Woche

**Berlin**, 7. Sept. Nachdem der Reichstag jetzt endgültig für Montag zu seiner zweiten Sitzung einberufen ist, wird in parlamentarischen Kreisen die Frage erörtert, wie sich nach der Regierungserklärung die Dinge weiter entwickeln werden. Der Reichskanzler hat sich schon bereit erklärt, **am Montag seine Programmrede vor dem Reichstag zu halten.** Die weiteren Dispositionen des Reichstages werden nicht unwesentlich von dem Ergebnis des **Empfanges des Reichstagspräsidiums** durch den Reichspräsidenten abhängen. Der Aeltestenrat wird am Montag vormittag zusammentreten, um die weiteren Beschlüsse für die Arbeiten des Reichstages zu fassen. Wie das Nachrichtenbüro des V.d.Z. von gut unterrichteter Stelle hört, ist nicht damit zu rechnen, daß nach der Kanzlerrede oder vor den Abstimmungen eine längere Reichstagsvertagung erfolgt, um inzwischen weitere Zeit für Verhandlungen zu gewinnen. Es ist vielmehr beabsichtigt, im Anschluß an die Kanzlerrede oder am Tage darauf sofort mit der **großen politischen Aussprache** zu beginnen, die bis Ende der Woche dauern wird. Im Anschluß daran sollen dann die **entscheidenden Abstimmungen** erfolgen. Ob es zu diesen Abstimmungen noch kommen wird, hängt von den Entschließungen der Reichsregierung ab. Die Pressemitteilungen über die Rede des Reichstagspräsidenten Göring am Dienstag abend haben in parlamentarischen Kreisen lebhaftes Aufsehen erregt. Vielfach wurde daraus der Schluß gezogen, daß die Verhandlungen zwischen Zentrum und Nationalsozialisten vor dem Abbruch ständen. Demgegenüber wird dem Nachrichtenbüro des V.d.Z. erklärt, daß solche Schlußfolgerung nach dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen nicht berechtigt sei. Die Verhandlungen würden vielmehr noch immer fortgesetzt und es seien auch neue Verhandlungstermine anberaumt.

## Tages-Anzeiger

**Donnerstag, den 8. September.**

**Städt. Konzerthaus:** „Die Dubarry". 20—23 Uhr.
**Skala-Tonfilm-Theater:** „Fräulein, falsch verbunden", 7 und 9 Uhr.

## Alpensymphonie

Roman von Friedrich Lange.

Urheberschutz: Verlag F. Lange, Hohenstein-Er. (Sa.).

11)

Weil seine Tochter schwieg, fuhr der Sanitätsrat etwas beruhigter fort: „Nein, mein Mädel, nun habe ich mich aus eigener Anschauung davon überzeugt, was ich schon durch andere erfuhr: Dieser Vidor ist nichts für dich! Ich kenne dich als vernünftig genug, daß du dich nicht an eine hübsche Larve verlierst und dazu alle Schattenseiten eines verlumpten Charakters mit in Kauf nimmst . . . Mit Menschen vom Schlage dieses Vidors tanzt man höchstens einmal, aber als Freund oder gar als Ehemann — — nein, nein!"

Ursula raffte sich zu einer Entgegnung auf, die das Wohlwollen ihres Vaters fand.

„Seit gestern ist es ohnehin zwischen ihm und mir aus — gibst du dich nun zufrieden?"

Dr. Josephy sprang auf, trat auf seine Tochter zu.

„Zufrieden? Das ist gar kein Ausdruck für meine Freude über deine Einsicht! Gott sei Dank, daß nun dieser Spuk ein Ende hat!"

Seine Hände ruhten auf den Schultern des blonden Mädels, rückten liebevoll aufwärts, bis sie das blasse Gesicht seines Kindes umschlossen.

„Ich hab's gewußt, daß du vernünftig sein würdest, Mädi!"

Nun war seine überhastete Fahrt doch nicht umsonst gewesen. Er betrachtete es als seine verdammte Pflicht und Schuldigkeit, daß er sein Mädel mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln seiner väterlichen Autorität vor diesem Hochstapler warnte!

„Komm, Ursel, du gehst gleich mit mir! 13 Uhr 30 fährt ein D-Zug, sind wir um 16 schon in München."

Ursula leistete Widerstand. Sie hatte allerhand Ausreden. Um keinen Preis wollte sie jetzt nach München. Nach dieser neuerlichen Enttäuschung konnte nur die Einsamkeit der Berge ihr Ziel sein.

So blieb ihrem Vater nichts weiter übrig, als sich zu verabschieden. Er nahm ihr das Versprechen ab, daß sie mindestens ein Drittel ihrer Ferien in Adelholzen verbringen werde. Beim Abschied mahnte er: „Kopf hoch, Mädi! Und wenn Vidor jemals wieder deinen Weg kreuzen sollte, dann schenk ihm reinen Wein ein!"

Ursula lächelte resigniert.

„Ich habe dir gesagt, daß die Geschichte aus ist. Rainer und ich haben uns nichts vorzuwerfen, wir brauchen uns unserer Freundschaft nicht zu schämen." Und leiser: „Aber man kann sich die Neigung zu einem Menschen nicht von heute auf morgen aus dem Herzen reißen."

Ueber dieses Wort mußte der Sanitätsrat noch nachdenken, als er schon wieder im Zuge nach München saß. Und nicht ohne Grimm sagte er sich: „Man müßte ein Serum gegen die dumme Liebe erfinden!"

*

Ursprünglich wollte Vidor über Rosenheim nach Kufstein fahren, dort seinen Wagen einstellen und zu Fuß über Hinterbärenbad ins nahe Kaisergebirge wandern. Unterwegs jedoch kam ihm eine seiner glänzenden Ideen.

Wie denn — sagte er sich — wenn ich mich gütlich mit Kerkhoff verständige?! Ist das nicht der beste Weg, um diese Flucht auszuschalten und unnötig zu machen? Wenn Kerkhoff darauf eingeht, daß ich ihm die schuldige Summe in drei Wochen zahle, ist alles gut und ich kann nach Salzburg zurückkehren. Ich brauche mich dann weder vor meiner Bank noch vor Ursula zu schämen . . .

Allerdings, darüber war er sich im klaren: Leicht würde es ihm nicht fallen, den verhaßten Konkurrenten, dem nun auch der Weg zu Ursula offen stand, um ein Kompromiß zu bitten . . .

Wütend krallten sich seine Hände um das Steuerrad. Seine Lippen formten törichte Worte wie diese: „Meinetwegen kann Kerkhoff aus einer Wand stürzen oder von einer Steinlawine erschlagen werden!"

Dieser abgrundtiefe Haß datierte nicht von heute und gestern. Kerkhoff wurde von Vidor schon verwünscht, als sie sich noch gar nicht persönlich kannten. Das kam daher, daß der Münchener dem Wiener bei jedem größeren Abschluß ins Gehege kam. Also purer Futterneid. Die von Kerkhoff vertretene Firma war zwar etwas teurer mit ihren weltbekannten elektrotechnischen Erzeugnissen, als die „Austria-Werke", genoß jedoch dafür auch den Ruf allerbester Qualität.

„Seitdem dieser Kerkhoff in das Leben Ursulas trat, ist der Teufel los . . ." knurrte Vidor noch, als er seinen Wagen schon vor das Gasthaus in Feldwies steuerte, wo er das Mittagessen einzunehmen gedachte, bevor er den Kanossagang in die Seehütte antrat.

Ein Fenster der Gaststube stand offen. Vidor blickte verstohlen hinein und sah sofort Kerkhoff im Herrgottswinkel sitzen.

Donnerwetter, als Tischgenossen mag ich ihn nicht! Da müßte ich den besten Bissen widerwillig herunterwürgen . . . dachte Vidor, etwas zurücktretend. Während er noch überlegte, was zu tun sei, hörte er Kerkhoff zur Kellnerin sagen: „Morgen bin ich nicht da. Ich will schon früh beizeiten auf die Kampenwand und werde erst zum Abendessen zurück sein."

Ein anderer Tischgast, der Kerkhoff gut zu kennen schien, fragte interessiert: „Ueber die Steinlingalm?"

„Gewiß. Von da habe ich die Wahl nach Bernau, Hochplatte oder Schleching."

Vidor sprang vom Fenster zurück, erreichte ungesehen seinen Wagen, fuhr in tollem Tempo los. Am Bahnhof stellte er ihn in eine Garage ein, gab Auftrag, die Ventile einzuschleifen. Innerhalb acht bis zehn Tagen mußte die Arbeit erledigt sein.

Noch am selben Nachmittag fuhr Vidor mit der Bahn über Prien nach Aschau. Von da aus ging er zu Fuß nach Hohen-Aschau, wo er sich für die Nacht ein Quartier nahm.

Die Kampenwand kannte er von früheren Ausflügen her. Dort oben wußte er gut Bescheid. Und morgen — noch vor Sonnenaufgang — mußte er hinauf!

Urinstinkte brachen in ihm auf . . . Ein teuflischer Plan war gereift . . .

Mit diesen Gedanken legte er sich abends schlafen, früh stand er mit ihnen auf. . . . Wenn alles gelang, war der Gang zu Kerkhoff, das Kompromiß mit dem verhaßten Konkurrenten nicht mehr nötig . . . Dann brauchte er dem Nebenbuhler keine guten Worte zu geben . . .

Jetzt erst, während der Trennung, merkte Vidor, daß seine Liebe zu Ursula Josephy tiefer saß, als er sich selber eingestehen wollte. Und er glaubte auch fest, daß Ursel ihm nur deshalb ihren Beistand in der leidigen Spielergeschichte verweigerte, weil sie Kerkhoff verfallen war, Eberhard Kerkhoff, ihrem Retter aus Seenot . . .

Wenn alles glückt, werde ich Ursula allen Widerständen zum Trotz wieder in die Hand bekommen. Und dann soll es um einen höheren Preis als den der Freundschaft gehen! Ich werde das Mädel an mich fesseln und hörig machen, selbst gegen den Willen des Eisbären Josephy!

VII.

Gleich nach dem Mittagessen hatte Kerkhoff ein Boot gemietet und war hinaus auf das „Bayrische Meer", den Chiemsee, gerudert. Er steuerte der lieblichen Frauen-Insel zu, die heute in der klaren Luft so unwahrscheinlich nahe schien. Die roten Dächer, die grünen Bäume und Sträucher schwammen scheinbar unmittelbar auf dem See, in dem sich der seidenweiche, blaue Sommerhimmel spiegelte. Die „Schwalbe", das kleine, flinke Dampferchen, zog ihre Bahn, nahte dem Gestade von Feldwies, wo auf der Lände schon seit geraumer Zeit Passagiere auf die Ueberfahrt nach Frauen- und Herren-Insel warteten.

Der einsame Ruderer hatte die Jacke abgelegt, trieb das Boot mit gleichmäßigen Schlägen vorwärts, ohne das Tempo zu überhasten.

Sommerstille.

Drüben am Freibadestrand lagen Menschen in der Sonne und ließen sich rösten, Feriengäste in süßem Nichtstun, die den wundervoll flachen Alpenseestrand schätzen gelernt hatten.

Bei der Rückkehr werde ich dort anlegen und ein Bad nehmen! merkte sich Kerkhoff im Geiste vor. Erst lange, nachdem der Dampfer in der Ferne vorübergerauscht war, machte sich die Dünung bemerkbar. Kerkhoff zog für kurze Zeit die Ruder ein und ließ sich schaukeln. Und nun war der geistige Anschluß an gestern wieder da . . .

(Fortsetzung folgt.)